



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Montag, 18.02.2019 von 18:00 bis 20:33 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Eike Baran	SPD	
-----------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lilly Beckert	Schülervertreterin	
Herr Tobias Bögershausen	Lehrervertreter	
Herr Christoph Böhmann	CDU	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Frau Renate Geuter	SPD	
Frau Katrin Hardenberg	Elternvertreterin	
Herr Dr. Matthias Lamping	CDU	
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Marianne von Garrel	CDU	

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Strey	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
-------------------	--	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Sandra Kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
Frau Marina Meemken		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heike de Buhr	SPD	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die vielen Besucher, die Ausschussmitglieder, insbesondere die Eltern-, Lehrer- und Schülervertretung, die Mitglieder der Verwaltung, die Gleichstellungsbeauftragte, den Vertreter aus dem Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie die Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Folgenden stellt Ratsherr Bohnstengel die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da keine Einwände erhoben werden, stellt der Ausschussvorsitzende danach die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift über die die vorhergegangene Sitzung am 07.11.2018 wird bei 2 Enthaltungen genehmigt.

**TOP 5 Verpflichtung von nicht dem Rat angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses
Vorlage: BV/034/2019**

Bürgermeister Sven Stratmann begrüßt ebenfalls alle Anwesenden, insbesondere die Schülervertreterin Lilly Beckert als neues Mitglied des Ausschusses. Per Handschlag nimmt der Bürgermeister die Verpflichtung von Frau Beckert auf die §§ 40-42 NKomVG vor und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet, dass im kommenden Schuljahr an der Marienschule voraussichtlich 54-56 Schülerinnen und Schüler in der ersten Klasse beschult werden. Bei einem Klassenteiler von 26 Schülerinnen und Schüler müssten damit 3 Klassen gebildet werden. Ein entsprechender Raum ist in der Marienschule nicht vorhanden. Die Schulleiterin wird sich Gedanken machen, ob Kinder ggf. noch wechseln, größere Klassen gebildet oder zusätzliche Container gestellt werden können.

In der Heinrich-von-Oytha-Schule (HvO) herrscht akute Platznot, sodass verschiedene Fachräume, wie der Computerraum, aufgelöst werden mussten. Nun plant die HvO den Ausbau der Digitalisierung. Pilotweise soll ein Projekt mit dem Einsatz von Tablets im Unterricht gestartet werden. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf 12.000,00 €, die über verschiedene Geldgeber finanziert werden. Zwei Kollegen aus dem EDV-Bereich übernehmen die Administration der Geräte. Es soll möglich sein, dass interessierte Grundschulen an Unterrichtsstunden teilnehmen und bei der eigenen Umsetzung beraten werden.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping erkundigt sich, ob die HvO über keinen Computerraum mehr verfügt. Die Erste Stadträtin erklärt, dass die HvO zunächst darauf verzichtet. Die zukünftige Entwicklung bleibt abzuwarten.

TOP 7 Mitteilungen

**TOP 7.1 Schülerzahlenprognose für die städt. Grundschulen
Vorlage: MV/032/2019**

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert die vorliegenden Schülerzahlenprognosen, die auf Grundlage der Geburtenzahlen und der Meldungen aus den Schulen zusammengestellt wurden. Zuzüge sind nicht berücksichtigt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Schülerzahlen nicht zunehmen. Frau Hamjediers weist auf die Grundschule Hohefeld hin, die ggf. eine Viertelzügigkeit erreicht. Die Marienschule hat hingegen steigende Schülerzahlen zu verzeichnen, woraus sich zusätzlicher Raumbedarf ergeben könnte.

Ratsherr Hubert Schrand bittet darum, zukünftig ebenfalls die Anzahl der Klassen aufzuführen und erkundigt sich, ob die Viertelzügigkeit in Hohefeld feststeht.

Frau Hamjediers erklärt, dass die Lehrerzuweisung von der Landesschulbehörde übernommen wird und sie dazu keine Auskunft geben kann.

Ratsfrau Renate Geuter ergänzt, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viel Dynamik in den Schülerzahlen steckt. Vor Beginn der Sommerferien wird sich ein konkreteres Bild ergeben.

Frau Hamjediers gibt den Hinweis, dass Eltern sich bis Mai entscheiden können, ob ihr Kind eingeschult wird.

Ratsherr Gerd Stratmann bittet darum, die I-Kinder ebenfalls in der Prognose zu berücksichtigen. Frau Hamjediers erklärt, dass diese eingefügt werden, soweit sie vorliegen.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping erkundigt sich, ob die Ludgeri-Schule zukünftig drei- oder vierzünftig sein wird. Die Erste Stadträtin erläutert, dass in der Vergangenheit grundsätzlich eine Vierzügigkeit vorgelegen hat und dies voraussichtlich auch so bleiben wird.

TOP 8 Schulsozialarbeit in den städtischen Grundschulen **Vorlage: BV/015/2019**

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Verwaltung Handlungsbedarf sieht und daher eine Aufstockung der Schulsozialarbeit vorschlägt. Grundsätzlich ist die Schulsozialarbeit Landesaufgabe, die sie seit 2017 wahrnimmt. Die Kommunen sind in der Vergangenheit und auch noch gegenwärtig eingesprungen und finanzieren bis Ende 2020 Schulsozialarbeiterstellen. Die Landesstellen sind zunächst an weiterführenden Schulen eingerichtet worden, die Grundschulen sollen sukzessive folgen. Das Kultusministerium verteilt die Stellen. Friesoythe wurde bisher nicht berücksichtigt. Unter Vorbehalt ist ab 2020 eine zusätzliche Stelle an der Ludgeri-Schule vorgesehen. Frau Hamjediers sieht die Notwendigkeit Kindern auch im Grundschulalter Hilfestellungen zu geben. Die Schulen sollten sich Gedanken machen, wie eine Verteilung aussehen könnte. Da die Stellenzuweisungen nicht abschließend vorgenommen wurden, kann es in den nächsten Jahren zu Änderungen kommen.

Ratsherr Andreas Tameling erkundigt sich nach der Bedarfsbemessung bzw. nach einem Verteilungsschlüssel.

Ratsfrau Renate Geuter verweist auf die schriftliche Vereinbarung zwischen Land und den kommunalen Spitzenverbänden, nach der alle Schulen mit Schulsozialarbeiterstellen ausgestattet werden sollen. Im Landkreis wurden bereits einige Schulen berücksichtigt. Warum Friesoythe noch keine Stellen zugewiesen bekommen hat, ist für sie nicht nachvollziehbar. Ggf. ist nach Einstellung an der Ludgeri-Schule eine Umverteilung möglich.

Ratsherr Eike Baran erläutert, dass 5 Stunden für alle Grundschulen nicht viel sind. Bei Sozialarbeitern ist Präsenz und Kontinuität sehr wichtig. Bei der geringen Stundenanzahl ist dies schwierig. Dennoch ist es ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping wünscht sich auch, dass mehr Stunden zur Verfügung gestellt werden könnten, aber nun ein guter Start gemacht wird.

Bürgermeister Sven Stratmann wird auf Landesebene nachhaken, da eine frühe Förderung für die Kinder wichtig ist. Dennoch wird mit dem Beschlussvorschlag ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Dem Verwaltungsausschuss wird einstimmig folgender Beschlussvorschlag gemacht:

Für die sozialpädagogische Betreuung an den Grundschulen Marienschule, Gehlenberg, Hohefeld, am Markatal, Edewechterdamm, Kampe, Thüle, Gerbert-Schule und Neuscharrel wird ein Kontingent von 5,00 Stunden/Woche zur Verfügung gestellt.

TOP 9 Zukünftige Entwicklung der Grundschule Neuscharrel
Vorlage: BV/019/2019

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erläutert die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur zukünftigen Entwicklung der Grundschule Neuscharrel. Vor Erstellung der Beschlussvorlage wurde das Thema in der Verwaltung intensiv diskutiert, durchaus mit verschiedenen Ansätzen.

Eine Überlegung war, keinen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Hier stellt sich die Frage, ob die Verwaltung damit ihrem Auftrag gerecht wird. Die Verwaltung hat auf der Grundlage von Recht und Gesetz Vorschläge zu unterbreiten und dazu gehört auch die bestehende Beschlusslage.

Frau Hamjediers erörtert, dass im letzten Jahr der Rat entschieden hat, dass die GS Neuscharrel geschlossen wird, wenn nicht bis Ende 2018 ein nachhaltiges Konzept für eine halbzügige Grundschule vorliegt. Es haben damals wohl alle gedacht, dass so ein Konzept kaum zu entwickeln sein wird. Nun stellt sich die Frage, wie ein solches Konzept zu bewerten ist. Konkrete Aussagen, wie das Konzept auszusehen hat (z.B. pädagogische und organisatorische Ansätze), enthält die Beschlussfassung nicht.

Jetzt liegen tatsächlich zwei ineinander verzahnte Konzepte vor: Zum einen das pädagogische Schulkonzept, zum anderen das Angebot von Elternrat und Förderverein, etwas für die Schule zu tun. Frau Hamjediers erklärt, dass sie beides nicht bewerten will und auch nicht kann. Dennoch bleibt zweifellos festzustellen, dass ein Konzept vorliegt.

Ob damit der Bedingung der Nachhaltigkeit Genüge getan ist, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Frau Hamjediers berichtet weiter, dass in der Vorlage Bewertungen vorgenommen wurden, die für einige Beteiligte so wirken, als sei die Verwaltung von ihrem Weg abgewichen. Sie erläutert, dass sie persönlich eine viertelzügige Grundschule nach wie vor für mehr als problematisch hält. Dennoch zeigt die Anmeldung der Eltern für das kommende Jahr, dass das pädagogische Konzept der Grundschule Neuscharrel überzeugt.

Die räumlichen Rahmenbedingungen in Neuscharrel sind sehr gut. Ein Blick in die Schulentwicklungsplanung zeigt, dass die Grundschule Neuscharrel eine der bestausgestatteten Schulen ist. Das ist weder der „neuen“ Verwaltungsspitze noch den Neuscharrelern zu verdanken, trotzdem aber eine Tatsache. Die Situation an anderen Schulstandorten stellt sich zum Teil anders dar, was auch nicht auf das Handeln der Stadt in den letzten vier Jahren zurückzuführen ist.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass in Neuscharrel ein gut funktionierender Kindergarten unterhalten wird. Dies ist bei anderen kleinen Ortschaften nicht der Fall. Frau Hamjediers führt weiter aus, dass die Unterstützung der Schule durch Dorfgemeinschaft und die Elternschaft sehr groß ist. Zumindest in den letzten vier Jahren ist sehr intensiv für die Schule gekämpft worden. Als die Viertelzügigkeit noch gar nicht drohte, wurden schon Überlegungen angestellt bzgl. eines Montessori-Konzeptes oder eines Hortangebotes.

Im letzten Sommer sind die Schülerzahlen, ähnlich wie in Neuvrees, plötzlich eingebrochen. Im Vergleich zu Neuvrees kann für Neuscharrel eine andere Bewertung vorgenommen werden, da es einen Schulerschluss zwischen Schulleitung, Elternschaft und dem Dorf gibt.

Mit Zustimmung der Landesschulbehörde wurde eine unentgeltliche Nachmittagsbetreuung initiiert. Entscheidend ist für die Erste Stadträtin aber der Umgang mit den Bürgern. Der Rat hat einen Beschluss bzgl. eines Konzeptes gefasst und diese Chance wurde mit viel Arbeit und Engagement genutzt. In ihren Augen ist es unfair, wenn man dieses Engagement nicht zumindest würdigt, sondern jetzt entscheidet die Schule zu schließen. Damit wäre die Stadt unredlich gegenüber denjenigen, die sich für das Konzept engagiert haben.

Konsequent ist aus ihrer Sicht auch der Passus mit der Einschulung von Kindern aus anderen Schuleinzugsbereichen im Beschlussvorschlag. Wenn sich abgebende und aufnehmende Schule eingliedern, stimmt die Stadt Friesoythe einem Schulwechsel ebenfalls zu. Der Passus sollte diese

Praktik verdeutlichen. Die Schuleinzugsbereiche wurden beschlossen, weil das Schulgesetz dies vorschreibt und die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. Frau Hamjediers hat immer deutlich gemacht, dass ihr eine Durchlässigkeit der Grenzen lieber wäre. Dies ist aber vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Auch wenn dieser Teil des Beschlussvorschlages heute keine Mehrheit findet, wird die Verwaltung an ihrer Praxis festhalten.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping resümiert, dass es richtig war, im vergangenen Jahr keinen Automatismus zu beschließen. Die jetzige Situation zeigt, dass die Schule eine Chance hat. Es liegt ein Konzept vor und die Schülerzahlenprognosen weisen eine positive Entwicklung auf. Demnach kann die Schule zukünftig halbzügig betrieben werden. Auch die Fraktionssitzung in Neuscharrel hat ein großes Interesse der Dorfgemeinschaft gezeigt. Dort wurde kein Druck gegenüber Eltern ausgeübt, die ihre Kinder an anderen Schulen angemeldet haben. Herr Dr. Lamping bedankt sich beim Ortsvorsteher Stefan Fuhler, der in der Fraktion die Bitte geäußert hat, der Grundschule Neuscharrel die erforderliche Zeit zu geben. Ebenfalls bedankt er sich bei Frau Tiedeken für die Erstellung des Konzeptes. Die dort aufgeführten Digitalisierungsansätze könnten als Pilotprojekt genutzt werden, um gewonnene Erkenntnisse später auf größere Schulen zu übertragen. Zukünftig sollten weiterhin Einzelfallentscheidungen nach intensiver Beratung gefasst werden. Herr Dr. Lamping hebt abschließend das Engagement der Ortschaft und der Eltern hervor, die die wichtige Ganztagsbetreuung auf die Beine gestellt haben. Er ist froh darüber, dass es diese Entwicklungen gegeben hat und kann dem Beschlussvorschlag in der vorgeschlagenen Form zustimmen.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass sich die Verwaltung und die Politik im vergangenen Jahr intensiv mit der Thematik beschäftigt haben. Die gültige Beschlusslage muss nun Grundlage für die weitere Vorgehensweise sein. Das vorgelegte Konzept entspricht ihrer Meinung nach nicht unfänglich dem, was gemeint war, dennoch sieht sie eine Chance für die Grundschule Neuscharrel. Es handelt sich hier um ein Schulprogramm, welches nach dem Nds. Schulgesetz jede Schule haben muss. Frau Geuter führt aus, dass die weitere Entwicklung nun von den Eltern abhängig ist. Diese tun ihr leid, da sie einerseits unter dem dörflichen Druck stehen, andererseits aber auch das beste pädagogische Angebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen möchten. Dieses kann eine viertelzügige Schule nicht leisten. Wichtig ist es, so Geuter, die Entscheidungen der Eltern zu respektieren. Die erörtert, dass die SPD-Fraktion einen eigenen Beschlussvorschlag erarbeitet hat, der die Erprobungsphase begrenzt. Für Frau Geuter ist es nicht zu vertreten, dass Schülerinnen und Schüler während der gesamten Grundschulzeit eine viertelzügige Schule besuchen. Gerade für den Übergang an die weiterführenden Schulen sind Erfahrungen in einer größeren Schulumgebung wichtig. Mit dem zweiten Teil des Beschlussvorschlages ist die SPD-Fraktion nicht einverstanden. Das Nds. Schulgesetz schreibt allen Schulen vor, sich ein Schulprogramm zu geben. Die Schulen im Stadtgebiet Friesoythe, die bereits in der Vergangenheit ein Konzept erarbeitet haben, sollten nicht schlechter gestellt werden, als die Grundschule Neuscharrel. Sie ermutigt alle, sich ebenfalls die Konzepte der anderen Schulen anzuschauen. Wenn allen Schulen die Möglichkeit gegeben wird, mit ihrem Konzept außerhalb der Schulgrenzen zu werben, verliert die Satzung über die Schuleinzugsbereiche ihre Wirkung und eine Schulentwicklungsplanung ist nicht mehr möglich. Sie weist abschließend darauf hin, dass andere Ortschaften ebenfalls ihre Schulen intensiv unterstützen.

Der alternative Beschlussvorschlag der SPD-Stadtratsfraktion lautet wie folgt:

Die Grundschule Neuscharrel bleibt unter Berücksichtigung der Einführung des Konzeptes „Wurzeln und Flügel“ bestehen. Es wird dem Konzept bis zum Beginn des Schuljahrs 2021/2022 Zeit gegeben, sich zu etablieren. Bis zu diesem Termin hat die Grundschule Neuscharrel die Möglichkeit, eine nachhaltige Zweizügigkeit zu erreichen.

Hinweis: Der vollständige Antrag mit Begründung ist dem Protokoll beigelegt.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping erklärt, dass seine Fraktion den Vorschlag der SPD ohne Beratung nicht mittragen wird. Die Eltern brauchen jetzt ein klares Zeichen aus der Politik. Über den zweiten Punkt der Beschlussfassung könnte gesprochen werden.

Ratsfrau Melanie Buhr ist ebenfalls mit dem zweiten Teil des Beschlussvorschlages nicht einverstanden. Die Schuleinzugsbereiche sind sinnvoll und sollten daher auch Beachtung finden. Auch

andere Schulen haben attraktive Schulprogramme, z.B. Thüle. Diesen Schulen sollte dann ebenfalls eine entsprechende Möglichkeit eröffnet werden.

Ratsfrau Renate Geuter schlägt vor, über beide Punkte gesondert abzustimmen.

Ratsherr Andreas Taming begrüßt grundsätzlich einen „Wettbewerb“ zwischen den Schulen. Insbesondere für die Grenzgebiete sollte es eine Wechselmöglichkeit geben, wenn z.B. zuständige Schulen überfüllt sind.

Die Erste Stadträtin räumt ein, dass der zweite Satz ggf. umformuliert werden könnte. In der Verwaltungspraxis, spätestens bei der Beteiligung der Landesschulbehörde, werden Anträge nach § 63 Nds. Schulgesetz auf Schulwechsel grundsätzlich angenommen.

Ratsherr Gerd Stratmann möchte die Möglichkeit eines Wechsels für die Schülerinnen und Schüler einräumen. Es sollten keine falschen Signale gesetzt werden. Jede Grundschule ist separat zu betrachten, ggf. ist nachzusteuern.

Ratsherr Hubert Schrand kann dem Punkt eins der Beschlussvorlage ebenfalls folgen, beim zweiten Punkt hat er Bedenken. Die Situation im letzten Jahr kam sehr überraschend. Nun ist es gut, dass der Schule die Zeit gegeben wurde. Er bedankt sich bei Stefan Fuhler und der pädagogischen Mitarbeiterin für ihren Einsatz. Dauerhaft ist die Viertelzügigkeit für ihn jedoch nicht praktikabel und sinnvoll. Wenn Eltern im Ort unter Druck gesetzt werden, kann dies auch negative Auswirkungen für die Dorfgemeinschaft haben.

Bürgermeister Sven Stratmann hofft, dass im Schuljahr 2021/2022 in der Grundschule Neuscharrel 33 Kinder beschult werden. Die Hürde der Halbzügigkeit muss überwunden werden. Positiv zu beurteilen ist, dass sich 8 der 9 Familien für das kommende Schuljahr in Neuscharrel angemeldet haben. Er bittet eindringlich darum, die Entscheidungen der Eltern zu respektieren und keinen Druck auf die Familien aufzubauen. Drohungen gegenüber Eltern sind nicht hinzunehmen.

Ratsfrau Renate Geuter fasst zusammen, dass sich alle einig sind, der Grundschule Neuscharrel eine Chance zu geben. Die SPD möchte dies gern zeitlich begrenzen. Mit dem zweiten Punkt sollte kein falsches Signal gesetzt werden. Es gibt einen Unterschied zwischen der Verwaltungspraxis und einem formulierten Beschluss.

Der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion wird mit 8 Nein- zu 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wird gesondert abgestimmt. Punkt eins wird mit 10 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dem zweiten Punkt wird bei 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Der Schulausschuss gibt mehrheitlich folgenden Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss:

1. Die Grundschule Neuscharrel bleibt unter Berücksichtigung der Einführung des Konzeptes „Wurzeln und Flügel“ bestehen und dem Konzept wird die nötige Zeit gegeben, sich zu etablieren.
2. Sollten Eltern mit Wohnsitz außerhalb des Schuleinzugsbereiches der Grundschule Neuscharrel eine Beschulung ihrer Kinder in der Grundschule Neuscharrel beantragen, wird dies seitens der Stadt Friesoythe grundsätzlich positiv beurteilt, wobei die Frage der Schülerbeförderung nicht von der Stadt geregelt werden kann.

TOP 10 Umzug der Ludgeri-Schule an die Dr.-Niermann-Straße
Vorlage: BV/035/2019

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet, dass der Arbeitskreis in verschiedenen Sitzungen über die Problematik gesprochen hat. Außerdem sind mehrere Stellungnahmen (Schulleitungen, Elternvertretungen) eingegangen.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert sie die die Ergebnisse des Arbeitskreises. Auf diese Präsentation wird inhaltlich verwiesen (s. Anlage). Zusammenfassend stellt die Erste Stadträtin fest, dass ein Neubau finanziell nicht möglich ist. Auf Grundlage der jetzigen Planungen entstehen Gesamtkosten in Höhe von ca. 4,9 Mio. €. Darin sind die Kosten für den Zwischenbau und Sanierungsarbeiten enthalten. Ein bereits geplanter zusätzlicher Anbau an die Realschule hat keine breite Zustimmung gefunden. In einer interfraktionellen Sitzung wurde daher vereinbart, dass das vorhandene Gebäudeensemble mit einem Zwischenbau ausreichen muss, um beide Schulen unterzubringen. In der 5. Arbeitskreissitzung haben sich alle Parteien mit dem vorgeschlagenen Raumprogramm einverstanden erklärt. Dieses kann auch größtenteils im Bestand umgesetzt werden. Im Vergleich zum Ergebnis der 5. Sitzung, müsste im vorliegenden Plan auf den Hörsaal und einen Computerraum verzichtet werden. Um mehrere Schülerinnen und Schüler zu versammeln, könnte zukünftig die Mensa genutzt werden. Der zweite Computerraum soll durch mobile Lösungen ersetzt werden. Die zwei vorgesehenen Büros für die Konrektoren, werden in einem größeren Büro zusammengefasst. Außerdem sollen verschiedene Räume multifunktional genutzt werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Gerd Stratmann, ob das Einverständnis beider Schulleitungen vorliegt, erklärt Frau Hamjediers, dass Frau kl. Schlarmann grundsätzlich zugestimmt hat. Streitpunkt war der mittlere Gebäudeteil, der zunächst der Realschule zugesprochen war. Dieser soll nun im Erdgeschoss von der Ludgeri- und im Obergeschoss von der Realschule genutzt werden. Die Erste Stadträtin erläutert weiter, dass man Veränderungen immer danach beurteilt, was man im Vorfeld zur Verfügung hatte. Die Ludgeri-Schule verbessert ihre räumliche Situation im Vergleich sehr deutlich. Die Realschule hingegen ist jetzt räumlich sehr gut aufgestellt und muss sich in Teilen etwas einschränken. Maßstab sollte nicht die derzeitige Situation, sondern die Erforderlichkeit der Räume sein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Eike Baran erklärt Frau Hamjediers, dass nur die Mensa gemeinsam genutzt wird.

Ratsherr Hubert Schrand ist verwundert darüber, dass in der letzten Woche der Anbau noch Thema war, nun aber alles im Gebäudebestand (plus Zwischenbau) untergebracht werden kann. Ratsherrin Melanie Buhr erläutert, dass die Variante mit zusätzlichem Anbau, der 750.000,00 € kosten wird, am Montag erneut besprochen wurde. Die Politiker sind dann zu dem Schluss gekommen, dass die Schaffung von nur vier zusätzlichen Räumen die Beschränkung des Pausenhofs nicht rechtfertigt. Durch die Verkleinerung von Differenzierungsräume und die Auflösung des Hörsaals können entsprechende Flächen gewonnen werden. Die Detailplanung ist in Absprache mit den Schulleitungen vorzunehmen.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping weist das Gerücht, man wolle die Realschule durch die Hintertür abschaffen, entschieden zurück. Die vorherrschende attraktive Schullandschaft mit den verschiedenen Angeboten, sollte bestehen bleiben. In einer „perfekten Welt“ würden zwei neue Schulbauten errichtet werden und der Investitionsstau würde durch Zuwendungen seitens des Landes und des Bundes beseitigt werden, so Ratsherr Dr. Lamping. In der realen Welt gibt es aber ein Bestandsgebäude, welches zu nutzen ist. Außerdem müssten auch die weiteren Aufgaben im Schulbereich in den Blick genommen werden, z.B. die Heinrich-von-Oythha-Schule und die Gerbert-Schule. Es ist schwierig alle Beteiligten vollumfänglich zufrieden zu stellen, dennoch gab es in der 5. Arbeitskreissitzung einen Konsens, auf dem die Planung beruht. Ein wichtiges Anliegen von Herrn Dr. Lamping ist die Ausstattung mit schnellem Internet. Zukünftig werden alle Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Endgerät ausgestattet sein. Die Digitalisierung muss voranschreiten, damit alle Schülerinnen und Schüler partizipieren können. Nun ist es zwingend erforderlich, „Nägel mit Köpfen“ zu machen, um die Genehmigungsplanung zu starten.

Ratsfrau Renate Geuter berichtet, dass ein einvernehmlicher Beschluss zum Umzug der Ludgeri-Schule gefasst wurde. Sie stimmt Herrn Dr. Lamping zu, dass die Politik in der Verantwortung ist ein Schulangebot vorzuhalten, was sich Eltern wünschen. Dies zeigen die Anmeldezahlen der Realschule deutlich, sodass von einer Abschaffung keine Rede sein kann. Im Bestand stößt man immer wieder an Grenzen. Nun ist es jedoch wichtig, dass es keine Verzögerungen mehr gibt und es weiter in die Genehmigungsphase geht. Für die SPD ist klar, dass auf die Stadt Friesoythe im Schulbereich schwierige Aufgaben zukommen (Gerbert-Schule, Marienschule). Im Sinne der Gleichbehandlung ist es wichtig, einen Standard festzulegen, erläutert Frau Geuter. Positiv ist es, wenn diese Maßstäbe ebenfalls beim Landkreis angelegt werden. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen müssen Berücksichtigung finden. Oftmals sind Finanzhilfen von Bund und Land auch „vergiftete Geschenke“, da daran bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Frau Geuter schlägt vor, sich darauf zu einigen, dass der Weg fortgesetzt wird, aber auch weiterhin das Gespräch mit den Schulleitungen geführt wird, um das Bestmögliche für die Schulen herauszuholen.

Bürgermeister Sven Stratmann bedankt sich bei den Arbeitskreismitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit. Nach vielen Diskussionen ist man schließlich zu einem Ergebnis gekommen. Nun haben die Lehrer der Realschule die Bürgermeistersprechstunde genutzt, um ihren Unmut zu äußern. Diese Anregungen sollen in den weiteren Planungen berücksichtigt werden. Es ist Zeit, die Planungen voranzutreiben. Viele Entscheidungen sind miteinander verknüpft, sodass Folgewirkungen entstehen (BBS -> Scheefenkamp). Bei der Ludgeri-Schule herrscht akuter Handlungsbedarf. Der Gesprächsfaden mit den Schulleitungen beider Schulen soll natürlich nicht abreißen.

Ratsherr Hubert Schrand fühlt sich nicht ausreichend informiert, um heute über die Beschlussvorlage entscheiden zu können. Die Informationen bzw. das Grobkonzept sind sehr vage, ein klares Signal aus dem Arbeitskreis ist für ihn nicht erkennbar. Die genannten Stellungnahmen sind den Sitzungsunterlagen nicht beigelegt.

Herr Helmut Strey zeigt sich enttäuscht darüber, dass der Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht Teil des Arbeitskreises war, obwohl er darum gebeten hatte. Frau Hamjediers erklärt, dass sich der Arbeitskreis aus der Mitte des Rates gebildet hat. Der Beirat wird dennoch die Möglichkeit bekommen, sich zu den Plänen zu äußern, sobald diese konkretisiert wurden.

Ratsfrau Silke Diekhaus erkundigt sich, ob es möglich ist, zusätzliche Räume zu schaffen, wenn der Bedarf zukünftig entstehen sollte.

Bürgermeister Sven Stratmann antwortet, dass die Statik so ausgelegt werden soll, dass ggf. eine Aufstockung möglich ist. Dennoch sollten die Räumlichkeiten zunächst ausreichen. Für die Grundschule wurde gesamtstädtisch angenommen, dass es 6-7 Züge geben wird. Wenn sich hier ein Mehrbedarf ergeben sollte, könnte man über eine Erweiterung der Marienschule nachdenken.

Ratsfrau Melanie Buhr führt aus, dass der Arbeitskreis umfassend beraten hat und es nicht einfach war, zwei Bestandsschulen zusammenzuführen. Sie hat Verständnis dafür, dass Nicht-Mitglieder Schwierigkeiten haben, die Planungen nachzuvollziehen. Sie geht jedoch davon aus, dass die Raumplanung passt und möchte das Grundgerüst beschließen. Der Kontakt mit den Schulleitungen sollte bleiben, um dieses Grundgerüst mit Innenleben zu füllen.

Ratsherr Andreas Tameling stimmt seiner Vorrednerin zu und bittet darum, die Vorschläge und Gedanken der Schulleitungen in die Genehmigungsplanung aufzunehmen.

Der Schulausschuss schlägt dem Verwaltungsausschuss bei 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen vor:

Die Planungen für den Schulstandort „Dr.-Niermann-Straße“ werden, entsprechend den in der Schulausschuss-Sitzung vorgestellten Planungen, im vorhandenen Gebäudeensemble plus Verbindungsbau untergebracht. Eine Baugenehmigung wird jetzt beantragt. Als Baubeginn werden die Sommerferien 2019 festgelegt.

TOP 11 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Herr Clemens Kellermann fordert beide Fraktionen auf, genannte Gelder für Schulen vom Bund und Land für die Kommunen zu generieren und Druck auszuüben. Bürgermeister Sven Stratmann sagt dies zu.

Frau Anke Krause (Lehrerin Realschule) erkundigt sich, in welcher Form sich die Lehrer der Realschule an der Planung beteiligen können. Die Erste Stadträtin erklärt, dass heute der grundsätzliche Beschluss gefasst wurde und diese Planungen den Schulleitungen zugehen werden. Hier besteht dann die Möglichkeit Anregungen zu geben. Bei Bedarf kann dies auch gemeinsam besprochen werden.

Herr Gerd Lübbers (Lehrer Realschule) ist der Überzeugung, dass mindestens zwei Computerräume erforderlich sind. Schüler brauchen feste Strukturen, auch im späteren Berufsleben ist die Nutzung von Stand-PC's erforderlich.

Ratsherr Dr. Matthias Lamping entgegnet, dass in der freien Wirtschaft mit mobilen Geräten, wie Laptops gearbeitet wird. Die Schüler sollten darauf vorbereitet werden.

Ratsherr Eike Baran erklärt, dass bestimmte Anwendungen im Informatik-Unterricht nur über feste PC's möglich sind.

Herr Gerd Meemken berichtet, dass der Elternrat die Familien mit zukünftigen Schulkindern besucht hat. Eine Hetze o.ä. hat es nicht gegeben. Viele Familien haben sich positiv geäußert, in Neuscharrel gibt es ein intaktes Dorfleben, sodass die Grundschule erhalten bleiben kann. Er bedankt sich beim Ortsvorsteher Stefan Fuhler und der kommissarischen Schulleiterin Angelika Tiedeken, bei der Verwaltung und der CDU/FDP-Fraktion für die Unterstützung.

Frau Anja Lübbers (Lehrerin Realschule) bittet darum, dass schriftlich fixiert wird, dass es Ergänzungen zur vorhandenen Pausenhalle gibt.

Frau Andrea Schrand (Lehrerin Realschule) gibt zu bedenken, dass qm, die nicht da sind, auch nicht verteilt werden können. Außerdem hält sie den innenliegenden Kopierraum für unzulänglich.

Herr Bernhard Baumann (Elternvertreter Realschule) erklärt, dass er sich ausgiebig mit den Planungen beschäftigt hat. Die Schule hat eine Vergleichsaufstellung mit den Bruttoflächen der Ludgeri- und der Realschule gemacht, bei der die Realschule proportional schlechter dasteht. Er erkundigt sich, ob sich diese Rechnung auch für die Netto-Nutzflächen ergibt.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass die Ludgeri-Schule im Vergleich zum Standard-Raumprogramm etwas zu wenig Raum hat, die Realschule etwas zu viel. Eine Umlegung auf die Anzahl der Schüler ist nur schwierig möglich, da einige Räumlichkeiten immer vorgehalten werden müssen (z.B. Schulleiterbüro). Damit hat eine kleinere Schule im Verhältnis mehr Raum zur Verfügung. Ein Ungleichgewicht ist bei den Nebenflächen und den Pausenhallen gegeben. Dies lässt sich bei der Ludgeri-Schule aber nicht einfach verkleinern.

Frau Melanie Kayser (Lehrerin Realschule) stellt klar, dass die Realschule nicht grundsätzlich gegen einen Anbau ist. Es würde bei der vorgeschlagenen Variante u.a. zu Problemen mit der Pausenaufsicht kommen.

Frau Heike Müller (Lehrerin Realschule) erklärt sich nicht damit einverstanden, dass die Requisite in einem Schuppen untergebracht wird, ebenso wenig die Geräte für die bewegte Pause.

TOP 12 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

-keine-

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Heidrun Hamjediers
Erste Stadträtin

Marina Meemken
Protokollantin